

Von Anfang an ungleich

Die Bildungschancen für finanziell schlecht gestellte Heranwachsende werden bereits vor ihrem Schuleintritt als geringer eingestuft. Sie hinken in puncto Motorik und Wortschatz hinterher..



350.000 Kinder sind in Österreich von Armut betroffen. Türkis-Grün will das Problem angehen. Experten vermissen konkrete Maßnahmenpläne und fordern die „universelle Grundsicherung“.

Die tägliche Exklusion

Von Brigitte Quint

Das Kapitel „Familie & Jugend“ im türkis-grünen Regierungsprogramm startet auf Seite 282. Dort steht im ersten Satz der zweiten Spalte: „In Österreich darf kein Kind zurückgelassen werden.“ 13 Zeilen weiter ist zu lesen: „Deshalb gilt es, aktive Partizipation (die der Heranwachsenden, Anm. d. Red.) an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen zu fördern und ihnen die dafür notwendigen Instrumente in die Hand zu geben.“ Auf diesen Absatz folgen dann diverse Spiegeltexte wie „Kriterienkatalog für Ganztagsbetreuung“, „Kinderkostenstudie als Teil einer größeren Studie“ oder „Schaffung von Therapieoptionen“ ...

Die gute Nachricht: Der Wille ist da. Die schlechte Nachricht: Papier ist geduldig. Im Klartext: Die Regierungsverantwortlichen haben zwar wahrgenommen, dass die Situation der 350.000 armutsbetroffenen Kinder und Jugendlichen in Österreich verbesserungswürdig ist – gleichzeitig lässt das Koalitionsabkommen präzise Angaben zur Lösung des Problems missen. Mit einer Aus-

nahme: Der Familienbonus wurde noch einmal kräftig erhöht. Der Absetzbetrag steigt bei Kleinverdienern pro Kind von 250 auf 350 Euro pro Jahr und bei Besserverdienern steigt er von 1500 auf 1750 Euro.

Eine Tatsache, die den Präsidenten des Katholischen Familienverbandes, Alfred Trendl, optimistisch macht: „Die Richtung stimmt. Die Herausforderungen für Fami-

„Auch abwesende Väter, die sich nicht kümmern, erhalten den Familienbonus.“

(Doris Pettighofer, Plattform für Alleinerziehende) “

lien sind bekannt“. Diesen Vertrauensvorschuss für Türkis-Grün gibt es nicht von allen. Für Martin Schenk etwa, dem Armuts-Experten der Diakonie, bleiben viele Vorhaben der neuen Regierung noch sehr im Unklaren. „Die Formulierungen sind zu vage, Ziele wurden nicht festgelegt. Zudem bleiben viele Fragen offen: Welcher Träger

soll für welches Projekt zuständig sein? Bis wann muss etwas erreicht werden? Wie viele Euro werden für die Bekämpfung von Kinderarmut aus dem staatlichen Finanztopf tatsächlich herausgenommen?“

Permanenter Mangel macht krank

Der Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe, Erich Fenninger, schließt sich Schenks Analyse an. „Gut ist, dass es das Thema Kinderarmut ins Regierungsprogramm geschafft hat. Unklar ist aber, wie man es nachhaltig tatsächlich angehen will.“ Die bereits existenten oder erhöhten Hilfen für Familien seien seiner Ansicht nach „erstens zu technokratisch, zweitens zu bürokratisch und drittens intransparent“. Um überhaupt für die richtigen Dinge ansuchen zu können, würde ein gewisses Maß an Bildung vorausgesetzt werden. „Ein sozialer Wohlfahrtsstaat muss aber für alle Menschen im Land verständlich sein.“ Den bisherigen Ansatz, Kinderarmut vor allem mit steuerlichen Entlastungen anzugehen, sieht er kritisch. „Ohne jemanden nahe treten zu wollen, aber das zeigt, dass einige Politiker die Dimensionen von Kinderarmut nicht verstanden haben. In unserem Land sind 60.000 bis 70.000 Heranwach-

sende unzureichend ernährt, weil ihre Eltern das Geld nicht haben, um genügend Nahrungsmittel auf den Tisch zu stellen. Sie leben in beengten Wohnungen, die im Winter untertemperiert sind. Manche Familien haben nur zwei warme Jacken für drei Kinder. Und was ich hier anspreche, ist nur die erste Dimension von Kinderarmut, nämlich die materielle.“ Der sozialpolitische Fokus müsse laut Fenninger auf alle vier Dimensionen (Einteilung aus der Armutsforschung) gelegt werden. „Neben der materiellen sind das die gesundheitliche, die kulturelle, also Bildung, und die soziale.“ Volkshilfe-Bundesgeschäftsführer und Menschenrechtsaktivist Fenninger verweist diesbezüglich auf eine Studie der Ärztekammer, in der der gesundheitliche Zustand von von Armut betroffenen Mädchen und Buben analysiert worden ist. Dabei stellten die Gutachter eklatante Unterschiede zwischen den Probanden fest. „Jene, die im ständigen Mangel aufwachsen, können sich schlechter konzentrieren als ihre finanziell besser aufgestellten Altersgenossen. Zudem sind sie psychisch stärker belastet, oft körperlich nicht altersgerecht entwickelt und leiden häufiger an chronischen Erkrankungen. Zu-

LESEN SIE NICHT
EINE ZEITUNG
SONDERN TAUSENDE.

DIE FURCHE

furche.at jetzt mit NAVIGATOR

„Der Staat müsste 625 Euro pro Kind im Monat auszahlen. Ich nenne das Teilhabekosten, die finanziell machbar sind.“
(Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger)

rückgeführt wird das einerseits auf ihre Mangelernährung, andererseits auf sozial-psychische Faktoren wie den beengten Wohnraum ohne Rückzugsmöglichkeiten oder die zu laute und stressige Umgebung.“

Dieser Sachverhalt wirkt sich laut Fenninger wiederum auf die nächste Dimension von Kinderarmut aus: der kulturellen. So seien die Bildungschancen der betroffenen Kindern bereits vor ihrer Einschulung geringer als die der Vergleichsgruppe. Fenninger erwähnt eine Erhebung des Kinderklinikums in Hamburg. Diese hätte gezeigt, dass der Nachwuchs aus sozial schwachen Familien an seinem ersten Schultag um 38 Prozent schlechtere Deutschkenntnisse (nur Muttersprachler wurden getestet) aufweist, als seine Klassenkameraden. „Es ist ein Teufelskreis. Wer arm aufwächst, hat weniger Entfaltungsmöglichkeiten, dadurch eine kleinere Lebenswelt, geringere soziale Kontakte. Das wiederum führt zu einem kleineren Wort- und Vokabelschatz. Zudem können Mengen zu etwa 30 Prozent schlechter erfasst werden“, weiß Fenninger. Festgestellt wurde darüber hinaus ein Defizit in der Visomotorik, die um 28 Prozent geringer ausgeprägt ist. So würden sich armutsbetroffene Kinder in den ersten Schuljahren siebenmal häufiger verletzen als andere, weil sie motorisch schlechter entwickelten und ihre Potenziale nicht ausschöpfen könnten. Die schlechteren Startbedingungen in der Schule konstituierten letztlich dann die vierte Dimension von Kinderarmut: die soziale. Obwohl die Schule in Österreich gratis ist, müssten Eltern pro Kind zwischen 800 und 1150 Euro im Jahr (Schulartikel, Veranstaltungen, Landschulwochen) aufbringen. Hinzu kämen die Förderkosten, sprich Nachhilfe.

Steuererleichterung allein reicht nicht

„Ein Kind merkt schnell, wenn die Eltern finanziell mit den anderen nicht mithalten können. Betroffene sind Tag für Tag Exklusionsprozessen ausgesetzt. Die Ausschlussfaktoren beginnen beim Weckerl in der Früh, das sich der eine leisten kann und der andere nicht, bis hin zu dem Faktum, dass es schwierig ist, Freunde in die ohnehin überbelegte Wohnung einzuladen. Darüber hinaus kriegen die Schüler auch mit, dass die Lebenssituation ihrer Familie in der Gesellschaft weniger wertgeschätzt wird als ein Akademikerhaushalt“, sagt der Volkshilfe-Chef. „Für eine gelungene Kindheit wäre es aber wichtig, dass alle diese vier Dimensionen miteinbezogen werden. Das Schlüsselwort heißt Teilhabe! Die muss jedem Kind garantiert werden. Nur mit Steuererleichterungen und ein paar Zusatzeuro alleine geht sich das nicht aus.“

Doris Pettighofer von der „Österreichischen Plattform für Alleinerziehende“ merkt darüber hinaus an, dass sich die angekündigte Steuerreform 2021 für viele Familien sogar negativ auswirken wird: „Wenn durch die Steuersenkung statt 1500 Euro nur noch 1200 Euro Lohnsteuer gezahlt werden muss, kann nicht einmal mehr der Familienbonus ganz ausgeschöpft werden.“

Die großen Verlierer des neuen Regierungsprogramms sind (wie bereits unter Schwarz-Blau) wieder einmal jene Heranwachsenden, deren Eltern ausschließlich von Sozialleistungen leben und / oder Mindestsicherung beziehen. Diese Familien erhalten weder Familienbonus noch Kinderermehrbetrag. Noch gravierender ist die Situation für die Kinder von Alleinerziehenden. 37 Prozent der 168.700 „Ein-Eltern-Familien“ in Österreich (151.100 davon sind Mütter, Stand 2018) sind von Armut betroffen. „Das hängt unter anderem auch da-

mit zusammen, dass unsere Gesetzgebung auf zusammenlebende Eltern abzielt. Etwa beim Familienbonus. Paradox ist auch: Jeder Elternteil hat Anspruch auf die Hälfte, ganz egal, ob er sich kümmert oder nicht. Auch hat sich bisher niemand den Verdienstengang durch Kinder – betroffen sind davon vor allem die Frauen – richtig angeschaut“, sagt Geschäftsstellenleiterin Pettighofer. Deshalb setzt sie jetzt auf das Bekenntnis im Regierungsprogramm, eine Kinderkostenstudie durchzuführen. „Die steht schon lange an und wurde von der Vorgänger-Regierung als unnötig erachtet“, erklärt sie.

Eine, die von einer genauen Kostenaufschlüsselung profitieren würde, ist Klara. Die 48-jährige Wienerin heißt in Wirklichkeit anders, will ihren Namen aber nicht in der Zeitung lesen. Seit der Geburt ihres zweiten Kindes (heute ist die Tochter 15 Jahre alt) ist sie auf sich allein gestellt. Der Vater zahlt Alimente, die sich die zweifache Mutter aber immer wieder erneut vor Gericht erstreiten muss. Den persönlichen Kontakt zu den Kindern hat er abgebrochen, die Hälfte des Familienbonus kriegt er dennoch. Weil die Tochter chronisch krank ist (nach einer Frühgeburt entwickelte sie sich verzögert) ist es für Klara – sie war früher in einer IT-Firma Assistentin der Geschäftsführung – bis heute unmöglich, einer geregelten Arbeit nachzugehen. „Mein Kind ist oft wochenlang krank, muss betreut werden. Das macht kein Arbeitgeber auf Dauer mit.“ Rund 2000 Euro haben die drei insgesamt zum Leben. Was vielleicht auf den ersten Blick verhältnismäßig erscheint, ist bei genauerem Hinsehen zu wenig. 500 Euro gehen für die Miete auf, hinzu kommen Energiekosten, Waschküche (30 Euro), Mittagstisch in der Schule (rund 250 Euro für beide Kinder) und knapp 800 Euro für Lebensmittel oder Körperpflegeartikel. Jeder unvorhergesehene Sonderposten ist für Klara ein finanzielles Dilemma. Aber davon gibt es viele: die Zahnsperre, eine Einladung zum Kindergeburtstag, für den ein Geschenk gekauft werden muss, ein Schulausflug mit zusätzlichen Eintrittsgeldern.

Die Großeltern zahlen das Öffi-Ticket

Ihre Kinder haben noch nie das Meer gesehen oder sind in ein Flugzeug gestiegen. Auch gemeinsame Restaurantbesuche hat es noch nicht gegeben. Die Kleidung kauft Klara im Second-Hand-Shop oder bei Hofer. Seit Jahren hat sie eine Zahnlücke im Unterkiefer – ein Implantat wäre für sie finanziell nicht stemmbar. Um das Geld für drei Öffi-Tickets aufzubringen, ist sie auf die Hilfe der Großeltern angewiesen. Wie so oft.

Um Personen wie Klara zu helfen, hat die Volkshilfe Österreich einen Modellversuch gestartet und ausgerechnet, wie viel Geld einem Kind zur Verfügung stehen müsste, damit es nicht mehr als arm gilt. Gemeint ist die so genannte universelle Kindergrundsicherung, die viele Experten als die einzige Chance überhaupt sehen, um Kinderarmut in den Griff zu kriegen.

Anhand einer Studie wurde errechnet, dass jedem Kind 625 Euro pro Monat zur Verfügung stehen müsste. „Ich nenne das Teilhabekosten und wage die Prognose: Wenn in Österreich jedem Heranwachsenden diese Summe zugestanden werden würde, würden von den 19,4 Prozent armutsbetroffenen Kindern zwei Drittel sofort wegfallen.“ Die finanzielle Machbarkeit wurde bereits vom Europäischen Zentrum für Sozialforschung bestätigt. Jetzt muss nur noch die neue Regierung überzeugt werden. Um einen Termin mit Sozialminister Anschöber wurde seitens der Volkshilfe bereits angesucht.

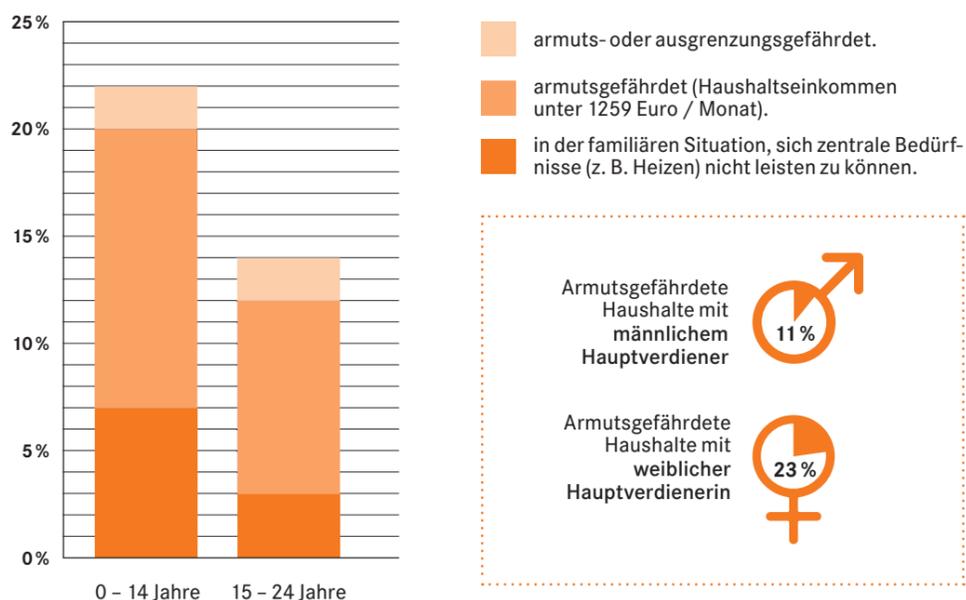
Mitarbeit: Lukas Cioni

ZAHLEN UND FAKTEN ZUR KINDERARMUT

Armut wird in Österreich am allgemeinen Lebensstandard der Gesellschaft gemessen. Als armutsgefährdet werden jene Personen bezeichnet, deren benötigtes Einkommen, um im selben Lebensstandard alleine leben zu können, unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt (1259 Euro für 2018). Ausgrenzung kann entstehen, wenn sich Personen übliche Konsumgüter nicht leisten können und dadurch von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden. Für Kinder bedeutet das zum Beispiel, sich keine Vereinsmitgliedschaften leisten zu können, nicht in den Urlaub zu fahren oder keine Freunde nach Hause einladen zu können. (Margit Körbel)

Wenn das Leben unleistbar ist:

2018 waren von den zwei Millionen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich



Wer armutsgefährdet ist:

Von 641.000 armutsgefährdeten Haushalten waren 2018

